

Anthony Glees

Der dritte Weg

Blairism: neo-liberal or social democratic?

Als die Labour-Partei Mitte 1997 die Konservativen unter John Major aus der Regierungsverantwortung in London drängte, präsentierte Wahlsieger Tony Blair England und auch Europa den sogenannten „dritten Weg“ als politisches Programm zur umfassenden Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme seines Landes. In der Grundidee aus den USA stammend, greift Blairs Konzept, das auf den Prinzipien einer gesunden Marktwirtschaft, des Konkurrenzkampfes und der persönlichen Verantwortung aller Bürger fußt, hierbei auch auf Leitsätze des Thatcherismus zurück, die der Premier und Labour-Führer der eigenen Partei erfolgreich als Idearium eines „New Labour“ zu verkaufen verstand. Trotz gewisser programmatischer Gemeinsamkeiten mit der Schröder'schen Vision einer „neuen Mitte“ für Deutschland ist der „dritte Weg“ indes ein typisch englischer Weg, der auf kein europäisches Land übertragbar ist, in England selbst aber – trotz schmerzhafter Begleiterscheinungen wie dem Abschied von dem so populären National Health Service – durchaus Erfolge verspricht.

Als Tony Blair die britische Labour-Partei zu ihrem Sieg bei den Wahlen vom 1. Mai 1997 führte, stellte er „einen dritten Weg“ für England und Europa in Aussicht.¹⁾ Postwendend erhoben Analysten daraufhin berechnete Fragen zum Ursprung des Konzepts und seiner zukünftigen Bedeutung für die Innen- und Außenpolitik Großbritanniens. Unterstützt wurden sie dabei in jeder nur erdenklichen Weise durch den neuen Premierminister, der in New York – zusammen mit Präsident Clinton – sowie auch in Downing Street Seminare mit Journalisten, interessierten Parlamentariern und Akademikern abhielt. Diejenigen, die ihn nach dem Ursprung seiner Ideen fragten, verwies er auf den Leiter der London School of Economics, Professor Anthony Giddens, einen Pionier der Gesellschaftswissenschaft (in einer vielzitierten Bemerkung beschrieb ihn Blair einmal als „den Typ, der genauso denkt wie ich“). Diejenigen, die wissen wollten, wo die Politik in der Zukunft denn nun hinführen sollte, wurden angewiesen, sich auf eine „moderne“ Sozialdemokratie und einen „auf Prinzipien basierenden Pragmatismus“ einzurichten. Bezeichnenderweise war es Gerhard Schröder, der seit 1998 in Deutschland amtierende Bundeskanzler, mit dem Blair ein Papier verfasste, in dem als Grundlage für den „dritten Weg“ und seine deutsche Entsprechung, „die neue Mitte“, die Tatsache genannt wurde, dass das Ansehen der Sozialdemokratie in fast allen sozialdemokratisch regierten Mitgliedsländern der Europäischen Union neuerdings wieder im Steigen begriffen sei. Der Grund dafür bestehe darin, dass die Sozialdemokraten dabei seien, ihre Ideen und Programme glaubwürdig zu erneuern und zu modernisieren.

sieren, ohne ihre traditionellen Werte aufzugeben. „Nunmehr steht die Sozialdemokratie nicht nur für soziale Gerechtigkeit, sondern auch für wirtschaftliche Dynamik und die Freisetzung von Kreativität und Innovationsfähigkeit.“²⁾

Blair und Schröder ließen keinen Zweifel daran, dass für sie ihre Ideen nicht nur sozialdemokratisch, sondern praktisch allgemeingültig seien – auch, wenn andere sozialdemokratische Parteien eine andere Terminologie vorziehen sollten. In ihrem Papier heißt es: „Das Markenzeichen für diesen Ansatz ist die „neue Mitte“ in Deutschland, der „dritte Weg“ im Vereinigten Königreich. Andere Sozialdemokraten wählen andere Begriffe, die zu ihrer eigenen politischen Kultur passen. Mögen Sprache und Institutionen sich unterscheiden: die Motivation ist die gleiche.“ Gleichzeitig wiesen die beiden Staatsoberhäupter aber auch darauf hin, dass es ihre Absicht sei, mit ihrer Politik Wähler anzusprechen, die sich selbst als „modern“ einstufen und sich vielleicht sogar von den heutigen Strukturen der Parteipolitik distanzieren. Beide hatten es ganz offensichtlich auf den Wechselwähler abgesehen, der sich mit der linken wie mit der rechten Mitte gleichermaßen anfreunden kann. „Die meisten Menschen“ – so Blair und Schröder – „teilen ihre Weltsicht längst nicht mehr nach dem Dogma von Links und Rechts ein. Die Sozialdemokraten müssen die Sprache dieser Menschen sprechen. Fairness, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere: Diese Werte sind zeitlos.“ Diese Werte müssten jedoch, so Blair und Schröder weiter, durch eine realistische, vorausschauende Politik Relevanz erlangen, „die in der Lage ist, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.“ Das Ziel sei die Modernisierung der Politik, und das bedeute wiederum, „sich an objektiv veränderte Bedingungen anzupassen, und nicht, auf Meinungs-umfragen zu reagieren“.

Einerseits war es dem britischen Bürger ohne weiteres einsichtig, dass die Richtung, die Blair nach dem Mai 1997 für Großbritannien vorgesehen hatte, einen Mittelweg auf der Grundlage der „Sozialdemokratie“ darstellte, und dass der Weg der „alten Labour-Bewegung“ und des Sozialismus links von dieser Richtung verlief. Unklar blieb jedoch, was

1) Tony Blair: *The Third Way: New Politics for the New Century*, Fabian Society, London 1998.

2) Tony Blair, Gerhard Schröder: *Europe: The Third Way, Die Neue Mitte*, The Labour Party, London 1999.

nach Blairs Ansicht zur Rechten dieser Richtung liegen sollte. Dies wiederum war deshalb äußerst bedeutsam, weil in allen westlichen Nationen der Ablauf der Modernisierung nach 1979 zum großen Teil von der „neuen Rechten“ bestimmt worden war, und nicht etwa von den Sozialdemokraten. War die „neue Mitte“ etwa in Wirklichkeit nichts weiter als ein konservativer Rückzug auf die „alte Rechte“, auf ein konsensorientiertes Mischsystem zwischen staatlicher und privater Wirtschaftslenkung mit einem leistungsfähigen (und äußerst kostspieligen) sozialen Sicherheitsnetz – ein System, das durchaus mit der klassischen Sozialdemokratie zu verwechseln war und in Großbritannien oft als „Butskellismus“ bezeichnet wurde?³⁾ Handelte es sich gar um eine Fortführung jener weit schärferen Form des Neoliberalismus, die von Margaret Thatcher vertreten (jedoch nicht immer praktiziert) worden war mit dem erklärten Ziel, den „Butskellismus“ zu vernichten?⁴⁾ Handelte es sich um eine – möglicherweise abgemilderte – Spielart des Thatcherismus? War der Ursprung des Ansatzes überhaupt britisch? Oder war diese politische Machart von irgendwo außerhalb des Vereinigten Königreichs, d.h. entweder von Amerika oder vom europäischen Kontinent, übernommen worden?

Es gibt kaum einen Zweifel, dass das Konzept des „dritten Wegs“ wie so viele andere neuere politische Ideen in seinen Ursprüngen mit größter Sicherheit von den Vereinigten Staaten nach Europa exportiert wurde. Es war ein amerikanischer Präsident, nämlich Bill Clinton, der 1992 zu seinen Mitbürgern sagte: „Die unfruchtbare Debatte zwischen denen, die den Staat für den Feind halten, und denen, die den Staat für ein Allheilmittel halten, haben wir hinter uns gelassen. Wir beschreiten heute einen „dritten Weg“⁵⁾. Andererseits schien der „dritte Weg“ in Großbritannien zumindest anfänglich auf einen Abklatsch der auf dem europäischen Kontinent praktizierten Trennung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich hinauszulaufen; der amerikanische Ansatz blieb unberücksichtigt. Einige Beobachter fühlten sich von Blairs Modell sehr stark an das Konzept erinnert, das die deutschen Christdemokraten (*nicht* die Sozialdemokraten) seit 1949 vertraten. Der „dritte Weg“ der CDU, die soziale Marktwirtschaft,

3) Vernon Bogdanor, Robert Skidelski (Hrsg.): *The Age of Affluence 1951-64*, Macmillan, London 1970.

4) Margaret Thatcher: *The Downing Street Years*, Harper Collins, London 1993; s. bes. Kap. IV.

5) Zit. in: David Halpern (Hrsg.): *The Third Way: Summary of the Nexus On-line Discussion*, Nexus, London 1998.

war als Alternative zu den planwirtschaftlichen Konzepten gedacht, die sowohl von der Linken als auch von der extremen Rechten vertreten wurden.⁶⁾ Auch wiesen sie darauf hin, dass sich dieses Modell als so erfolgreich erwiesen hatte, dass sich die deutschen Sozialdemokraten 1959 gezwungen sahen, es zu übernehmen. Dass Blair und Schröder in ihrem 40 Jahre später – im Juni 1999 – formulierten Papier durchblicken ließen, dieses historische Detail habe sich schon lange überlebt, ist deswegen nicht ohne Ironie.

Wo auch immer ihr Ursprung liegen mag – wir müssen in der praktischen Politik zwischen dem „dritten Weg“ in Großbritannien und der „neuen Mitte“ in der heutigen Bundesrepublik unterscheiden. Der „dritte Weg“ in Großbritannien hat ganz offensichtlich nur wenig mit der Flut von korporatistischen, konsensorientierten politischen Entscheidungen aus dem deutschen Kanzleramt zu tun. Die Kontinuität zwischen der konsensorientierten und korporatistischen Politik der Christdemokraten nach 1990, die speziell für die nach der Wiedervereinigung entstandenen besonderen Umstände entwickelt wurde, und der Politik der Sozialdemokraten nach 1998 ist bemerkenswert, wobei die Politik der Sozialdemokraten vielleicht noch korporatistischer ist als die ihrer Vorgänger. Der aktivste Vertreter der „neuen Mitte“ unter Schröders Mitarbeitern, Bodo Hombach, wurde schnell vor die Tür gesetzt. Darüber hinaus konnte sich ganz offensichtlich ein Großteil der sozialdemokratischen Parteibasis mit dem Begriff nicht anfreunden.

Wenn wir den „dritten Weg“ in seiner charakteristischen britischen Erscheinungsform analysieren wollen, müssen wir uns zunächst mit Margaret Thatchers Diagnose der „Nachkriegskrankheit“ Großbritanniens und ihren in den siebziger Jahren formulierten Heilungsplänen befassen. Auf dieser Grundlage baute ihr Programm auf, mit dem das gesamte Wirtschaftsleben Großbritanniens umgekrempelt werden sollte – eine Umwälzung, die bis heute unverändert Bestand hat und eben deswegen den Zusammenhang bildet, in dem das Konzept des „dritten Weges“ gesehen werden muss. Sie schrieb: „In den Nachkriegsjahren stand vor allem die Debatte über die Rolle des Staates in der Wirtschaft im Zentrum der britischen Politik. 1979 war der anfängliche Optimismus über

6) A.J. Nicholls: *Freedom with Responsibility: The Social Market Economy in Germany 1918-63*, O.U.P., Oxford 1994.

7) M. Thatcher: *Downing Street Years*, S. 92.

die Nützlichkeit staatlicher Eingriffe zum größten Teil verfloßen. Als Folge dieser Änderung der allgemeinen Haltung, auf die ich schon lange hingearbeitet hatte, waren viele, die zuvor nicht zu den Anhängern der konservativen Partei gezählt hatten, nun mehr zumindest bereit, unserer Politik eine Chance zu geben. Ich wusste aber auch, dass dieser gänzlich gerechtfertigte Mangel an Vertrauen in die Allwissenheit des Staates nur durch größeres Vertrauen in die Kreativität der Wirtschaft aufgewogen werden konnte.“⁷⁾ Wie sie weiter ausführte, waren die Probleme Großbritanniens in erster Linie auf geringe Produktivität und deren Ursachen zurückzuführen, nicht aber auf das Lohnniveau, das gewöhnlich für zu hoch erachtet wurde (was das auch immer heißen sollte). Dieses Lohnniveau sei durch eine entsprechende Lohnpolitik wie auch durch „Sozialkontrakte“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu regulieren.

Es läßt sich nachweisen, dass es in den eben angeführten Leitsätzen Margaret Thatchers kaum etwas Wichtiges gibt, das von Tony Blair nicht aufgegriffen und weiterentwickelt wurde. Dies gilt für seine Unterstützung des Unternehmertums genauso wie für seine tatkräftige Förderung der Wirtschaft und seine Befürwortung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Blair und seine Partei betonten zwar ständig „soziale Gerechtigkeit“, „die ethische Dimension“ und „die Gemeinschaft“, während Margaret Thatcher einmal behauptete, es gebe keine Gesellschaft als solche, wobei sie vermutlich meinte, es gäbe nur Gruppen von Individuen. Andererseits ruht Blairs gesamte Politik auf den grundlegenden wirtschaftspolitischen Prinzipien von Margaret Thatcher, weswegen diese Politik im wesentlichen als thatcheristisch einzustufen ist.

Damit sind wir aber erst am Anfang, denn wie wir noch sehen werden, wirkt sich der „dritte Weg“ außer auf die Wirtschaft auch noch auf andere politische Bereiche aus. So hat er z.B. in der Sozial-, Ordnungs- und Europapolitik zu einigen echten Neuerungen geführt, die weit über das hinausgehen, was die „neue Rechte“ jemals gefordert hat oder heute noch fordert.

Obwohl sich der „dritte Weg“ von Tony Blair aufgrund seiner im Thatcherismus liegenden Ursprünge

in der Praxis wesentlich von der Politik sowohl der Regierung Schröder als auch der Regierung Kohl nach 1990 unterscheidet, beruft er sich doch zumindest theoretisch auf große Ähnlichkeiten besonders mit der Regierung Schröder. Man kann wohl annehmen, dass dies einem parteipolitischen Zweck dienen und überdies nachweisen soll, dass Großbritannien unter Blair an europäischen Projekten freudig mitarbeitet. Wenn es denn überhaupt „Familienähnlichkeiten“ zwischen dem „dritten Weg“ und der deutschen Politik geben sollte, so zeigt die Realität, dass diese höchstens mit der Politik der sozialen Marktwirtschaft bestehen, die von Ludwig Erhard bis 1969 und danach von Helmut Kohl von 1982 bis zur Wiedervereinigung verfolgt wurde. Die Politik Blairs ist weit radikaler und innovativer als die Schröders, obwohl sie das gemeinsame Erbe nicht leugnen kann. Bezeichnenderweise wird diese Ansicht in Downing Street ganz offen ausgesprochen. So hat z.B. Adonis ganz unmissverständlich erklärt: „Viel von dem, was New Labour zu erreichen versucht hat, lief darauf hinaus, die britische Politik auf den Stand zu bringen, der in Deutschland bereits vor einiger Zeit erreicht wurde. [...] Die Deutschen haben es bereits vor einiger Zeit geschafft, die alte Linke und die neue, neoliberale Rechte hinter sich zu lassen.“⁸⁾

■ Theorie und Praxis: Die Geographie des „dritten Wegs“

Dass eine überzeugende Analyse des „dritten Wegs“ sich so schwierig gestaltet, ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass zum einen zwischen der tatsächlichen politischen Praxis und der akademischen politischen Theorie und zum anderen zwischen dem realen Arbeitsfeld der Politiker und ihrer Rhetorik unterschieden werden muss. Wollten wir den „dritten Weg“ abstrakt analysieren, indem wir die entsprechende Politik an einer imaginären theoretischen Struktur messen, so würden wir kaum etwas über die aktuelle oder die zukünftige Politik erfahren. Mehr noch: Während eine kohärente allgemeine Theorie des „dritten Wegs“ nur schwer abstrakt zu formulieren ist, lassen sich die allgemeinen politischen Grundsätze und einzelnen Bereiche der Politik, aus denen sich der „dritte Weg“ zusammensetzt, relativ

8) Andrew Adonis in: *The Third Way?*, The British Council, Germany; Reihe „People and Politics“, Nr. 3, Oktober 1998, S. 16.

einfach umschreiben. Auch lässt sich bei aller Skepsis der Theoretiker relativ leicht ersehen, wie all diese Elemente in ihrer Gesamtheit Wähler und politische Beobachter gleichermaßen überzeugen können. Aus diesem Blickwinkel gesehen überschreitet der „dritte Weg“ ganz klar die Grenzen des Neoliberalismus. So kann einerseits kein Zweifel bestehen, dass die auf Stärkung des Marktes ausgerichtete Politik Tony Blairs kaum von der des Neoliberalismus zu unterscheiden ist. In anderen Bereichen jedoch ist seine Regierung in Räume vorgedrungen, die man durchaus als einen „dritten Weg“ bezeichnen könnte, weil sie weder von der alten Linken noch von der neuen Rechten jemals betreten wurden, da beide davor zurückschreckten.

Zumindest behauptet dies der „Guru des dritten Wegs“, Anthony Giddens. Zwar ist er ein Theoretiker, aber er ist auch einer der wenigen Denker, die in der Lage waren, dem Wähler zu zeigen, wie die allgemeinen Grundsätze Blairs und die harte Politik von New Labour miteinander in der politischen Mitte zur Deckung gebracht werden können. Nach Meinung von Giddens lässt sich die zukünftige Entwicklung des Blairismus am besten am Beispiel der „beiden Blairs“ erläutern.⁹⁾ Der eine Blair, so Giddens, ist „der größte Tory seit Thatcher“, der andere ist „ein radikaler Freidenker, der sich weit über den normalen Bereich von links und rechts hinaus engagiert und sich mit der Frage befasst, was es wirklich bedeutet, sich als radikaler Neuerer Gedanken um soziale Gerechtigkeit und Gleichheit zu machen, ohne dabei die Zwänge zu vergessen, denen der Staat in einer globalen Wirtschaft unterliegt.“ Giddens fährt fort: „Blair ist sich bewusst, dass Expansion, Konsolidierung, Radikalismus und Konservatismus kennzeichnend sind für die Ausgelaugtheit überlieferter Ideologien in einer globalisierten Welt. Links und rechts, Globales und Lokales verbinden sich bis zur völligen Verschmelzung miteinander. Ereignisse in großer Ferne können dem Einzelnen genauso nahe oder sogar näher gehen als Einflüsse aus der nächsten Nachbarschaft und werden entsprechend in seine persönliche Erfahrung eingearbeitet. [...] Aussehen, Persönlichkeit und Ansichten eines weltpolitischen Führers sind dem Einzelnen vielleicht besser bekannt als sein Nachbar.“

9) Zit. in: *The New Yorker*, 6. Oktober 1997, in einem Interview mit Robert Tucker.

Im übrigen ist Giddens der Ansicht, dass der „dritte Weg“ in der Welt- und Europapolitik die Aufgabe habe, einerseits die regionale Selbstverwaltung zu fördern und andererseits die Strukturen im Zentrum weiterzuentwickeln. Dabei ist die Behauptung, Großbritannien werde dadurch als Einheit aufgelöst, genauso unsinnig wie die, dass die Mitarbeit in der Europäischen Union dies bereits bewirkt habe. Wie Giddens betont, stellt der Lokalpatriotismus eine Reaktion auf den Globalisierungsprozess dar, die es dem Einzelnen ermöglicht, seine Identität anderweitig festzumachen. „Wie die Katalanen richten auch die Schotten ihr Augenmerk auf die EU; sie sind zwar Teil des Vereinigten Königreichs, aber sie sind nicht auf ein einziges unabhängiges Staatsgebilde angewiesen. [...] Sie sind Schotten, aber auch Briten und Europäer. Die Frage lautet nicht mehr: Sollen wir den Europäern nachgeben oder zu unserem Ursprung stehen? Blair weiß, dass wir kurz vor einer wahrhaft transnationalen, kosmopolitischen Gesellschaft stehen, die durchaus in der Lage ist, demokratische Systeme vor Ort zu festigen und eine Weltordnung herbeizuführen, die mehr bedeutet als nur Freiheit für den Handel.“

Bevor wir damit beginnen, nach den grundlegenden Gedankengängen des „dritten Weges“ nun auch die entsprechende Politik zu untersuchen und uns zu fragen, ob diese Politik auch außerhalb Großbritanniens Anwendung finden könnte, möchte ich zwei Warnungen aussprechen. Die erste bezieht sich auf das Primat der *Präsentation* in der heutigen Politik Großbritanniens. Die Fähigkeit, Politik gut zu verpacken, ist in allen modernen Staaten wichtig, aber vielleicht ganz besonders in den vom Fernsehen bestimmten Kulturen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Nie aber war eine gute Verpackung so wichtig wie unter der Regierung Blair. Dass er die Wähler so geschickt zu überzeugen verstand, hat ja gerade mit dazu beigetragen, sein Amt noch mehr in die Nähe einer Präsidialfunktion zu rücken, als dies ohnehin schon der Fall war – obwohl es nie öffentlich zugegeben wurde. Blairs Machtbasis selbst stellt deshalb eine wichtige, eigenständige Entwicklung im Sinne eines „dritten Weges“ dar.

Der Premierminister hat wiederholt und durchaus plausibel darauf hingewiesen, dass die früheren briti-

10) Blair hat dieses Argument oft ins Feld geführt, so z.B. in Wales am 5. Februar 2000. Damals sagte Blair nach dem Rücktritt eines Staatsministers, der „Old Labour“ angehörte, innere Zwistigkeiten seien dafür verantwortlich, dass Labour-Kandidaten nur selten wiedergewählt würden.

11) Andrew Adonis in: *The Third Way*?, S. 16.

schen Regierungen im Allgemeinen und die Labour-Regierungen im Besonderen von einer diffusen Heterogenität und von inneren Widersprüchen geplagt gewesen seien. Dies habe ihnen sehr geschadet und oft zu Wahlniederlagen geführt.¹⁰⁾ Indem sie ihre Politik unter dem Slogan „der dritte Weg“ verkauft, stellt sich die Regierung Blair als homogen und modern dar; dies zeigt aber auch, dass Blairs Kollegen sich darüber im Klaren sind, dass sie am selben Strick ziehen müssen oder – in der Phraseologie des „dritten Weges“ – dass für die Regierung „Fugenlosigkeit“ angesagt ist. Damit rechtfertigt Blair indirekt seine präsidentiale Amtsführung: Schließlich wird er dafür bezahlt, die Fugen in der Regierung zu kitten.

Die große Bedeutung einer geschickten Präsentation wird von vielen als Nebenprodukt des „dritten Weges“ angesehen und akzeptiert. In den Worten von Andrew Adonis, einem der einflussreichsten Berater von Tony Blair, war der Begriff „der dritte Weg“ nichts weiter als ein Versuch, „die Erneuerung der Tradition des Fortschritts in Großbritannien mit einem Etikett zu versehen“.¹¹⁾ Das Ziel habe ganz einfach darin bestanden, „der Öffentlichkeit für diesen Vorgang ein Kürzel an die Hand zu geben“. Wie Adonis betont, bestehen die Unterschiede zwischen Links und Rechts zwar durchaus weiter, aber die beiden Ausdrücke selbst gehen auf die „zufällige Verteilung der Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung vor 200 Jahren“ zurück und sind als Begriffe zur Beschreibung moderner Politik nicht mehr von Bedeutung. Adonis fügte hinzu, Blair wäre wohl sehr erfreut (und überrascht), wenn der „dritte Weg“ als Begriff genauso lange Bestand hätte, denn es glaube niemand, dass dieser Begriff bis in die ferne Zukunft überleben könne. Schließlich könne man auch einen „vierten Weg“ oder sogar einen „fünften Weg“ erfinden. Wie Adonis sagt: „Die Politik entwickelt sich ständig weiter.“

Der zweite Hinweis bezieht sich darauf, dass in dem auf Verhandlungen basierenden politischen Leben in Großbritannien (ein Faktor, den wir weder ignorieren noch vergessen dürfen) die Politiker oft über wesentlich mehr Spielraum verfügen als auf dem europäischen Kontinent. Das in Großbritannien praktizierte Verhandlungssystem hatte immer als Anreiz zur Konsensbildung gegolten, da die Parteien

stets gezwungen waren, sich auf gemeinsame Grundlagen zu beziehen, um außer ihren Stammwählern noch genügend Stimmen für einen Wahlsieg mobilisieren zu können. Margaret Thatcher jedoch erkannte, dass mit diesem System auch radikale Reformen durchgeführt werden konnten. Sie schlachtete die erschreckende soziale und wirtschaftliche Krise der Jahre 1978 und 1979 aus und konnte so einen neuen Schwerpunkt aus neoliberalen Ideen errichten. Dabei wurde sie von einer zerstrittenen Opposition unterstützt, die ihr zumindest bei den Parlamentssitzen – wenn auch nicht bei den abgegebenen Stimmen – die Mehrheit überließ. Blair übernahm diese Grundhaltung und konnte damit – weitgehend unterstützt durch die Zerrüttung der durch Korruption und verbissene Bruderkämpfe um Europa geschwächten Konservativen Partei – die Wahlen 1997 mit großer Mehrheit gewinnen, wobei jedoch trotzdem nur etwa 44 Prozent aller Stimmen für ihn abgegeben wurden.

Blair hat sich die Labour-Partei regelrecht „ausgeborgt“ und ihr die wirtschaftlichen Grundgedanken des Thatcherismus aufoktroziert; das Ganze nannte er dann „New Labour“. Der traditionellen Gefolgschaft der Partei ist klar, dass sie sich damit auch dann abfinden muss, wenn sie es nicht gutheißen kann. Die in 18 Jahren verlorenen Wahlen sind ein Beweis dafür, dass die westliche Lebensart keine andere Möglichkeit zulässt, es sei denn, es treten katastrophale Umstände ein. Die sozialistischen Pläne und Politiker der traditionellen Art waren einfach nicht in der Lage, unter den britischen Wählern eine Mehrheit auf sich zu vereinen. Von 1979 bis 1997 bestand ihr einziger Erfolg darin, die Konservativen an der Macht zu halten. Auch deshalb haben sich Blair und sein Finanzminister Gordon Brown so eng an die Ausgabenplanung der früheren konservativen Regierung gehalten, was schon an sich für eine Labour-Parteispitze eine außergewöhnlich radikale politische Haltung darstellt.

Diese dramatischen Änderungen im politischen Leben Großbritanniens (Änderungen, auf denen der gesamte Rückhalt Blairs aufbaut) unterscheiden sich weitgehend von der politischen Realität in den Vereinigten Staaten oder in der Bundesrepublik. Die Amerikaner können sich in der Wirtschaftspolitik keinen wirklichen Richtungswechsel vorstellen und würden

ihn auch nicht hinnehmen. In der Bundesrepublik sind grundsätzliche Änderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichermaßen unerwünscht, auch wenn sie notwendig sein sollten. Grundlage hierfür ist die allgemeine Billigung der Idee der sozialen Marktwirtschaft, auch wenn gelegentlich die eine Partei dem Sozialen oder die andere dem Markt ein wenig mehr den Vorzug gibt. Aber es weist auch einiges darauf hin, dass Großbritannien in dieser Hinsicht den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik immer ähnlicher wird, und dass Blair mit seinem „dritten Weg“ diesen neuen Konsens in Großbritannien stillschweigend anerkennt.

Eines der Kennzeichen britischer Politik war immer die Möglichkeit radikaler Änderungen, und eben diese Möglichkeit wurde und wird durch das auf Verhandlungen basierende Parteiensystem weitgehend gefördert, denn es wird ständig politisches Neuland beschritten, besonders durch die jeweilige Oppositionspartei. Frau Thatchers Ablehnung der alten Konsenspolitik wurde in der Opposition erdacht, genauso wie Blair seinen „dritten Weg“ entwickelte, als Labour sich noch in der politischen Wildnis befand. Und es ist, wie wir gesehen haben, Margaret Thatcher auch tatsächlich gelungen, den politischen Schwerpunkt zu verlagern. Blair hat diesen Schwerpunkt nicht weiter verlagert, sondern lediglich weiter entwickelt. Man könnte nun mit einiger Berechtigung spekulieren, dass damit de facto das Ende des Radikalismus in der britischen Politik eingeläutet wird. Nun rufen zwar mittlerweile einige Konservative – wie auch viele führende Labour-Mitglieder vor 1992 – ganz offen nach einer Abkehr von der Europäischen Union; sie hoffen, es könnte einer neuen konservativen Regierung gelingen, den Schwerpunkt zurückzuverlagern und den Blair'schen Konsens abzubauen. Dazu ist jedoch zu sagen, dass zum einen die Meinungsumfragen keinerlei Beweise für diese Ansicht liefern, und dass man zum anderen durchaus mit einiger Berechtigung spekulieren kann, dass eine zukünftige Regierung der Konservativen den „dritten Weg“ nicht verlassen, sondern lediglich ummodeln wird – was immer sie auch jetzt in der Opposition sagen mögen.

■ **Der „dritte Weg“
in der Praxis:
Politik und Modernisierung**

Blair hat seit seiner Machtübernahme bewiesen, dass er an diesen neuen Schwerpunkt glaubt und dass er weiß, dass dieser Schwerpunkt rechts von Old Labour liegt und der Radikalismus keine notwendigerweise ernstzunehmende Bedrohung darstellt. Mit seiner Politik des „dritten Weges“ versucht er, diesen Schwerpunkt für sich zu gewinnen. Wie wir bereits gesehen haben, liegt dieser neue Schwerpunkt der britischen Politik ganz sicher nicht im Bereich des linken Flügels, sondern etwas rechts von der momentanen gemeinsamen Basis der politischen Kultur auf dem Kontinent. Auch hat Blair erkannt, dass sich der „dritte Weg“ auch als Bezeichnung für politische Reformen in Bereichen verwenden läßt, die man normalerweise nicht mit staatlicher Politik in Verbindung bringt. In manchen Bereichen hat er sich dafür entschieden, keinen Wagemut zu zeigen. So ließ er die große Gelegenheit zur Übernahme des Euro (ein potentieller „dritter Weg“ in der Geld- und Zinspolitik) in den ersten Maitagen 1997 ungenutzt verstreichen. An anderer Stelle jedoch hat er wahren Mut bewiesen. So unterstützt die britische Regierung den Euro „im Prinzip“; die „fünf wirtschaftlichen Fragen“ zum Nutzen für Großbritannien jedoch sind nebulös und ohne Durchschlagskraft. Darüber hinaus wurden die zur Übernahme des Euro in Großbritannien erforderlichen praktischen Maßnahmen bislang nicht durchgeführt. Da für diese Maßnahmen eine Vorlaufzeit von acht bis zehn Jahren erforderlich ist, steht die Einführung des Euro wohl nicht unmittelbar bevor.

Wenn es denn wahr ist, dass der „dritte Weg“ in Großbritannien seinen Ursprung der Tatsache zu verdanken hat, dass Blair sich mit der neoliberalen Revolution nach 1979 und ihrem Sieg über den alten Konsens abfand, dann kann man wohl sagen, dass der „dritte Weg“ in der politischen Realität nicht nur der Sicherung von Vorteilen bei den Wahlen dient (obwohl dieser Aspekt nie ganz aus dem Blickfeld verschwindet), sondern mittlerweile die gesamte britische Politik verändert. Wenn man den „dritten Weg“ einmal der elaboraten Theorien beraubt und

12) Stuart White in: Nexus, S. 17. Er schreibt: „Es handelt sich hier sicherlich nicht um einen ‚großen Wurf‘, sondern um [...] eine ganze Reihe von Ideen von geringer bis mittlerer Bedeutung, die summa summarum vielleicht etwas Großes ergeben könnten.“ Im Einzelnen führt er folgende Ideen auf: 1.) Der Staat garantiert zwar die sogenannten „Opportunitätsgüter“, aber er stellt sie nicht notwendigerweise zur Verfügung. 2.) Das Prinzip der Gegenseitigkeit. 3.) Umdenken im Bereich der öffentlichen Finanzen. 4.) Eine beschäftigungsorientierte Sozialpolitik. 5.) Das Prinzip des Vermögensegalitarismus.

13) Tony Blair: *The Third Way*.

die politischen Realitäten betrachtet, erweist er sich in den verschiedensten politischen Bereichen als nützlich. Manche dieser Bereiche sind von weitreichender, andere von recht geringer Bedeutung, aber insgesamt stellen sie doch etwas ziemlich Großes dar.¹²⁾ Schließlich betont Tony Blair selbst, dass die Grundlagen der Politik genauso wichtig (oder fast genauso wichtig) sind wie die Politik selbst. Daher auch seine Behauptung, der „dritte Weg“ beinhalte nicht mehr als vier Grundwerte (Gleichwertigkeit, Chancengleichheit für alle, Verantwortlichkeit und Gemeinschaftlichkeit), mit deren Hilfe eine „gerechte Gesellschaft“ errichtet werden solle, dass aber andererseits zur praktischen Umsetzung seiner Politik auch „sehr viel Pragmatismus“ erforderlich sei. „Wichtig ist die Frage, mit welchen Mitteln wir unseren Wertbegriffen Nachdruck verleihen können“, fügt Blair hinzu. Seine Werte seien „unveränderlich“, wohingegen seine Politik und ihre Zielsetzungen pragmatisch seien, weil „die Politik sich aus Wertbegriffen entwickelt, nicht umgekehrt“.¹³⁾

Wenn Blair, Brown und die anderen Mitglieder der Regierungsmannschaft wirklich fest davon überzeugt sein sollten, dass der Erfolg eines jeden politischen Projekts im Kern auf eine gesunde Marktwirtschaft zurückzuführen ist (Blairs Berater zitieren mit Vorliebe Clintons internes Motto von 1992: „Die Wirtschaft macht’s, Dummkopf!“, was wohl bedeuten soll, dass der Wähler letztendlich nach wirtschaftlichen Kriterien seine Stimme abgibt), so ist es um so ironischer, dass man es bislang vermieden hat, die Grundsätze des „dritten Weges“ gerade auf diesen Bereich anzuwenden. Die Linie des früheren konservativen Finanzministers Kenneth Clarke, die nach Großbritanniens würdelosem Abgang aus dem europäischen Währungssystem im Jahre 1992 noch durch niedrigere Wechselkurse unterstützt wurde, wird durch die neue Regierung nicht nur stillschweigend fortgeführt, sondern auch ausdrücklich befürwortet. Wie wir gesehen haben, hat sich Blair standhaft geweigert, die vor 1997 entworfene Ausgabenplanung der Konservativen zu revidieren und ob er nun zu Landwirten, Industrievertretern oder Lehrern spricht – er wiederholt jedes Mal, die Mittel seien begrenzt und sie, seine Zuhörer, und nicht die Regierung sollten eigenverantwortlich nach neuen

Mitteln und Wegen suchen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Regierung Blair ist bereit, den Wandel zu verwalten, aber ohne Finanzspritzen. In der Tat, jedes Mal, wenn für einen Plan (Mehrausgaben für die Gesundheitsfürsorge, das Bildungswesen oder die Polizei) die Bereitstellung „zusätzlicher“ Geldmittel angekündigt wird, stellt die Presse fest, dass die fraglichen Gelder keineswegs „zusätzliche Mittel“ darstellen, sondern entweder aus einer Umschichtung bereits bestehender Verpflichtungen oder aus einem früheren Etat der Konservativen stammen.

Innerhalb dieses allgemeinen Rahmens jedoch hat es zweifellos Neuerungen gegeben, und die Regierung bietet die verschiedensten Anreize. Als erstes wäre hier das Engagement der Regierung für die Modernisierung zu nennen. Roger Liddle, einer der engsten Berater von Tony Blair, hat einmal geschrieben: „Ohne Modernisierung wird es für Europa unmöglich, in der vom Wissen bestimmten Wirtschaft der Zukunft Wachstum und hohe Beschäftigungszahlen miteinander zu verbinden. Ohne Modernisierung bleibt auch der langfristige Bestand des Euro zweifelhaft.“¹⁴⁾ Die Wirtschaft in Europa hat sich von der Massenfertigung ab- und einem System zugewandt, in dem Arbeitsplätze und Wachstum hauptsächlich durch den Mittelstand bestimmt werden. Dies wiederum wird seinen Einfluss auf bestehende Institutionen wie z.B. die Gewerkschaften nicht verfehlen, denn in der alten, von der Massenfertigung bestimmten und von Großfirmen gelenkten Wirtschaft war es einfach, die Industriearbeiter in großen Gewerkschaften zu organisieren. In der Zukunft jedoch wird man die Massenproduktion in Gebiete mit billigeren Arbeitskräften verlagern, besonders nach der Ausweitung der europäischen Union, und es wird nicht mehr so einfach sein, die Arbeitnehmer gewerkschaftlich zu organisieren. Die Arbeitgeber wiederum werden, wenn sie nicht von der Entwicklung überrollt werden wollen, laufend in die Fort- und Weiterbildung ihrer Belegschaften investieren müssen.

Die Konkurrenz muss umfassender und fairer werden, wenn dieser Prozess ohne Störung und zum Nutzen des gemeinsamen Marktes ablaufen soll. Einem Vertreter der linken Mitte könnten diese Überlegungen nach Liddles Meinung durchaus unangebracht erscheinen. Er gibt zu, dass „die Sozi-

14) Roger Liddle: *Can the European Social Model Survive?*, Ansprache vor dem Club of Three, Paris, 6.3.1999.

aldemokraten noch vor 20 Jahren für eine Mischwirtschaft eintraten, bei der sich die Grenzziehung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor kaum verlagerte. Heute teilen wir die grundsätzliche Einstellung der Rechten, nach der das Privateigentum als vorteilhaft zu bewerten ist. [...] Wir loben Liberalisierung und Konkurrenzkampf in den Himmel, und wir erkennen an, dass in einer von Unternehmen bestimmten Wirtschaft der erfolgreiche Unternehmer eine hohe Belohnung verdient, die den Realitäten des Marktes entspricht.“

Anders als die Politik der neuen Rechten unternimmt der „dritte Weg“ jedoch den Versuch, dem Bürger (und Wähler) bei der Sicherung seiner Stellung am Markt beizustehen, um damit die Funktionsfähigkeit des Marktes aktiv zu fördern. Liddle sieht keinen Grund, warum die europäische Wirtschaft im sozialen Bereich genauso rücksichts- und schonungslos werden sollte wie die nordamerikanische. Wenn es den Regierungen gelingen sollte, für qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen politische Unterstützung zu gewinnen, muss dies nicht unbedingt zu einem Konkurrenznachteil für Europa führen. Falls aber zur Finanzierung dieser Dienstleistungen die Besteuerung der Wirtschaft erhöht werden sollte, würde das großen Schaden anrichten. Wie Liddle sagt, ist ein schlecht bezahlter Arbeitsplatz besser als Arbeitslosigkeit. Es ist nicht richtig, wenn ein soziales Sicherungssystem überhaupt keinen Anreiz mehr dafür bietet, eine niedrig dotierte Arbeit anzunehmen. Dem Einzelnen muss klar gemacht werden, dass es in seiner Verantwortung liegt, eine Anstellung anzunehmen, sofern er dazu in der Lage ist. Die Arbeitgeber müssten durch eine Senkung der steuerlichen Lasten für Niedriglohnjobs zur Schaffung neuer Arbeitsplätze angeregt werden. Andererseits jedoch ist ein Mindestlohn deswegen wichtig, weil er das Vertrauen der Arbeitnehmer festigt und eine Grenze schafft, zu deren Unterschreitung kein Arbeitnehmer gezwungen werden darf.

Die Funktionsfähigkeit des Marktes sollte nicht nur durch das Steuersystem unterstützt werden, sondern auch durch ein entsprechendes Bildungswesen. In Großbritannien bedeutet dies, den im Bildungswesen geltenden Qualitätsmaßstäben mehr Aufmerksamkeit zu widmen und die Bildungsexperi-

mente der achtziger und frühen neunziger Jahre endgültig zu verwerfen. Im Bereich der Arbeitslosenunterstützung besagt eine Maxime des „dritten Weges“, die Politik müsse sicherstellen, dass diese Leistungen niemand von der Arbeit abhalten, sondern den Wiedereintritt in die Arbeitswelt beschleunigen. Arbeitslosenunterstützung ist demzufolge keine Versicherung für Arbeitslose, sondern vielmehr eine Investition, die den Arbeitslosen in die Lage versetzt, neue Fähigkeiten zu erlernen. Zu Anfang der Amtsperiode der Regierung Blair wurde der Versuch unternommen, dieses Prinzip auszuweiten. So sollten ledige Mütter in ein Arbeitsverhältnis gezwungen werden, um für die Betreuung ihrer Kinder aufkommen zu können, während von Behinderten verlangt wurde, in die Ausbildung für Arbeiten, die ihrer Behinderung gerecht wurden, zu investieren. Es ist vielleicht nicht überraschend, dass sich die Regierung nach einigem Druck von seiten der Labour-Fraktion im Parlament gezwungen sah, den zuerst genannten Gedanken ganz aufzugeben und den zweiten abzuwandeln. Diese beiden Beispiele zeigen jedoch ganz klar die Richtung, in der die Politik vorangetrieben wird. Zusammen mit den von Liddle dargelegten politischen Vorschlägen zeigen sie auch, wie breit die Kluft zwischen den britischen und kontinentaleuropäischen Marktmodellen wirklich ist. Nirgendwo wird dies klarer als an dem Beispiel der Einstellung zu Niedriglohnarbeiten: Die Briten sind aufgerufen, sogenannte „Mac-Jobs“ anzunehmen; die Europäer auf dem Kontinent wiederum verschmähen sie.

Wichtig ist auch die Erkenntnis, dass die Glaubenssätze des „dritten Weges“ Wert auf persönliche Verantwortung legen. Der Einzelne ist dafür verantwortlich, sich Fähigkeiten zu erwerben, und ihm wird immer dringlicher die Erkenntnis nahegelegt, dass er über „Eigentumsrechte“ an seiner Bildung verfügt. Am deutlichsten wird das wohl bei der höheren Bildung, für die sich jetzt drei von fünf Schulabgängern entscheiden. Die Studenten müssen sich mit mindestens 1000 Pfund pro Jahr an den Kosten ihrer Bildung beteiligen (eine von New Labour übernommene Politik der Konservativen), aber nicht nur das: In speziellen Qualitätsprüfungen (auch eine Idee der Konservativen) wird untersucht, inwieweit eigenverantwortliches Lernen an den Universitäten

und Hochschulen gefördert wird. Für das Geld, das sie zur Finanzierung der Hochschulbildung ausgibt, fordert die Regierung einen Gegenwert, der als „Wertschöpfung“ sehr sorgfältig berechnet wird. Besonders berücksichtigt werden dabei mittlerweile die Vermittlungsfähigkeit der Studienabgänger sowie die ihnen vermittelten Fachkenntnisse.

Wenn man nur zehn oder zwanzig Jahre zurückdenkt, wird bereits ersichtlich, was sich an dem Modell verändert hat: Früher stellte der Staat das System zur Verfügung und die Universität die erforderlichen Leistungen; die Studenten mussten lediglich Wissen in sich aufnehmen. Heute müssen sich die Studenten für ihre Bildung sowohl finanziell als auch intellektuell engagieren. Natürlich bedeutet eine Änderung am Modell noch lange keine Änderung des Endergebnisses, aber zumindest hat eine Veränderung stattgefunden.

Der „dritte Weg“ öffnet sogar in jeder Hinsicht einer Neubewertung der Sozialpolitik Tür und Tor. Es heißt, Blair selbst sei der Meinung, der Wohlfahrtsstaat existiere nicht mehr in der uns vertrauten Form. Außerdem, so Blair, sei das kein Nachteil, denn damit biete sich uns die Gelegenheit, das gesamte Konzept neu zu überdenken. Giddens drückt es folgendermaßen aus: „Der Wohlfahrtsstaat ist ein passives System zur Risikobewältigung. Er ist nicht dafür gedacht, den Einzelnen zu aktiven Investitionsentscheidungen in seinem Leben anzuregen. Er reagiert nur dann, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Wir werden versorgt, wenn wir krank sind, und wenn wir arbeitslos sind, erhalten wir Unterstützung. Bei der Bekämpfung der Armut und bei der Vermögensumverteilung hat der Wohlfahrtsstaat jedoch keine langfristigen Erfolge vorzuweisen. Er ist kein Mechanismus zur Linderung der Ungleichheit, sondern eine Art Versicherungssystem, das es dem Einzelnen ermöglicht, Risiken einzugehen. Wir müssen den Menschen die für aktive Investitionen erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen: Das ist Wohlfahrt im positiven Sinn.“

Eines der größten Hindernisse, mit denen sich die Reformen des „dritten Weges“ konfrontiert sehen, besteht natürlich in den enormen Ausgaben für den Unterhalt des National Health Service, der dem Nutzer kostenlos zur Verfügung steht. Gesundheit ist eine

Vorbedingung für den Erfolg am Markt und in der Arbeitswelt. Der National Health Service leidet jedoch unter chronischem Geldmangel, weil man die Steuern in dem von den Konservativen vorgegebenen Rahmen halten möchte; die Ausgaben für das Gesundheitswesen liegen in Großbritannien heute etwa auf einer Ebene mit Polen und entsprechen etwa der Hälfte der Ausgaben in Deutschland oder Frankreich. Für den Bürger und Wähler sind die Auswirkungen sofort ersichtlich: Die Krankenhäuser sind in erschreckender Weise überfüllt, es mangelt an Betten, und dem Kranken werden kostspielige neue Medikamente, die z.B. bei der Behandlung von Brust- oder Gebärmutterkrebs lebensrettend wirken könnten, oft schroff verweigert. Private Investitionen im Gesundheitswesen sind eine Lösung, die die Regierung im Rahmen des „dritten Weges“ ganz sicher im stillen Kämmerlein in Betracht zieht, die aber politisch nicht akzeptabel ist; nicht so sehr wegen des Einflusses von Old Labour, sondern weil die Idee des National Health Service unter der Bevölkerung noch immer sehr viel Rückhalt hat. Obwohl man Margaret Thatcher damals keinen Glauben schenkte, dürfen wir doch nicht vergessen, dass auch sie sich gezwungen sah, zu erklären: „Bei uns ist der National Health Service in guten Händen.“

Selbstverständlich findet diese Politik auch ihre Kritiker, wobei wir aber nicht vergessen dürfen, dass die Opposition, die das auf Verhandlungen basierende politische System im Vereinigten Königreich immer wieder hervorruft, oft nicht mehr ist als reine Spiegelfechterei. Die neue Rechte hat bislang jedenfalls noch keine in sich schlüssige Kritik des „dritten Weges“ hervorgebracht. Dass die neue Rechte dem Euro unversöhnliche Feindschaft entgegenbringt, gehört mittlerweile in der britischen Politik zum Alltag. Bizarrerweise bedeutet diese Feindschaft jedoch einen ideologischen Standortwechsel: Statt absoluter Marktgläubigkeit (schließlich sind sich alle einig, dass der gemeinsame Markt mit einer gemeinsamen Währung am besten funktionieren würde) stehen nun eher vage, populistische Konzepte wie „Souveränität“ im Vordergrund. Des Weiteren hat die neue Rechte ihre Haltung zu der hohen Bewertung des Sterling geändert. Wie man sich erinnert, war diese

Überbewertung der Hauptgrund dafür, dass Großbritannien Austritt aus dem Europäischen Währungssystem 1992 von der neuen Rechten unterstützt wurde, weil man befürchtete, die Exporte nach Europa könnten darunter leiden. Heute hingegen ist man für eine hohe Bewertung des Sterling, aber nur deswegen, weil ihr Grund im Ausschluß Großbritanniens aus Euroland liegt. Es ist nicht zu verkennen, dass die Wirtschaftspolitik der neuen Rechten ganz eindeutig weniger wichtig ist als ihr Euroskeptizismus. Allein diese Politik liegt ihrem Rufen nach einem Austritt aus der Union zu Grunde. In ihren Augen ist das europäische oder „rheinische“ Modell gleichbedeutend mit der Subventionierung von Ineffizienz zugunsten kumpelhafter Gemeinschaftlichkeit, wobei die steuerliche Harmonisierung nicht eine weitere Unterstützung des Marktes zum Ziel hat, sondern die Verschleierung der Auswirkungen hoher Sozialausgaben auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Denjenigen, die sich gegen den „dritten Weg“ stellen, mangelt es jedoch an Glaubwürdigkeit, und zwar nicht nur einfach deswegen, weil sich ihre Argumentation auf den von der „neuen Rechten“ weiterentwickelten neoliberalen Radikalismus gründet. Der Blairismus funktioniert ganz offensichtlich, während seine Gegenkonzepte bislang nur auf dem Reißbrett der Theorie existieren. Auch hat die „neue Rechte“ noch unter früheren Fehlern zu leiden. So befürwortete sie z.B. Ende der achtziger Jahre die Idee, Großbritannien solle sich die asiatischen „Tiger-Volkswirtschaften“ mit ihren hohen Wachstums- und Investitionsraten und ihrem dünnen Sozialnetz mehr zum Vorbild nehmen. Als die „Tiger“ dann Mitte der neunziger Jahre jämmerlich versagten, erhob sich großes Gelächter. In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Bedeutung, dass das politische Ziel, die Bank of England unabhängig von jeder politischen Einflussnahme zu machen, heute von den Tories unterstützt und auch von zukünftigen konservativen Regierungen wohl nicht geändert werden wird. Diese bedeutende Innovation im Rahmen des „dritten Weges“, die früher von den Konservativen verbissen bekämpft wurde, zeigt wieder einmal, welchen Einfluss der Markt auf die Zinspolitik ausübt. Vor diesem Hintergrund zeichnen sich die Ähnlichkeiten zwi-

schen der Politik des „dritten Weges“ einerseits und dem radikalen Denken des Neoliberalismus und damit der „alten“ neuen Rechten der späten siebziger und frühen achtziger Jahre andererseits noch deutlicher ab.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch eine Opposition der „alten Linken“ gegen diese Pläne des „dritten Weges“ besteht. Ihrer Meinung nach ist es moralisch verwerflich, Beschäftigung zu einer Vorbedingung für die Staatsbürgerschaft zu machen, selbst wenn man akzeptiert, dass Chancengleichheit der situativen Gleichheit vorzuziehen ist. Zur Begründung werden diejenigen angeführt, die (wie z.B. die Behinderten) nicht arbeiten können, die aber auch in einer Gesellschaft, in der die Arbeit so hoch bewertet wird, nicht zu Bürgern zweiten Ranges degradiert werden dürfen. Lord Plant, Peer, Blair-Vorläufer und Mitglied der Labour-Partei, vertritt diese Meinung lautstark in der Öffentlichkeit. Auch weist die alte Linke darauf hin, dass es einige Bereiche (wie z.B. den Strafvollzug) gibt, deren „Privatisierung“ unter den Konservativen New Labour seinerzeit bekämpfte. Heute, als Regierungspartei, hat New Labour diese Privatisierung nicht nur übernommen, sondern sogar ausgeweitet. Die Beobachter der „alten Linken“ behaupten, nicht alles ließe sich in eine marktgängige Ware umwandeln, und viele von ihnen, und nicht nur sie, erkennen in allen neuzeitlichen Gesellschaften Anzeichen für einen „zersetzenden Individualismus“. Nach ihrer Meinung kann die Überbetonung des persönlichen Eigentums und der persönlichen Besitzrechte die Bindungen des Einzelnen an die Gemeinschaft stören oder sogar zerstören, der er angehört und die ihn stützt. Das zwanghafte Streben nach ständig steigendem Wohlstand liefert zusammen mit der steigenden Zahl von gewinnmotivierten Korruptionsfällen im öffentlichen Leben sowie der wachsenden Kriminalität unter der Bevölkerung den Nachweis dafür, dass der Individualismus aus dem Ruder laufen kann. Aus den Meinungsumfragen geht jedoch hervor, dass eine beschäftigungsorientierte Wirtschaft nicht nur dem Bürger und Wähler gefällt, sondern sozial sinnvoll ist und die soziale Ausgrenzung wirksam bekämpfen kann. Jedenfalls hat sie nichts mit dem Sozialismus alten Stils zu tun.

■ Der „dritte Weg“ und die Reform der Verfassung

15) Lordkanzler Lord Irvine of
Lairg: *Britain's Programme
of Constitutional Change*,
Vortrag an der Universität
Leiden, 22. 10. 99.

Wenn man bedenkt, dass die Wirtschaftspolitik unverrückbar festliegt, kann es kaum überraschen, dass der „dritte Weg“ seine größten greifbaren Erfolge im Bereich der Verfassungsreform errungen hat. Wie einer von Blairs „Gurus“, Lordkanzler Lord Irvine, schon sagte, hatte nie zuvor in diesem Jahrhundert eine britische Regierung sich jemals ein ähnlich weitreichendes und bedeutsames Programm zur Reform der Verfassung vorgenommen.¹⁵⁾ Die geplante Wahl eines Londoner Oberbürgermeisters, die Reform des House of Lords und die Einrichtung von Volksvertretungen in Wales, Schottland und Nordirland sind sichtbare Beweise dafür, dass die Regierung Blair das äußere Erscheinungsbild des Vereinigten Königreichs verändert. Irvine, der selbst Schotte ist, hat einmal gesagt: „Eine so vielfältige Nation wie das Vereinigte Königreich braucht bürgernahe Strukturen und kein einheitliches, lediglich dem Selbstzweck dienendes Machtgefüge.“ Zu den im Rahmen des „dritten Weges“ aufgestellten Plänen gehören Änderungen an den Institutionen wie auch am Rechtssystem und an der Rechtsprechung, die dazu dienen sollen, das Wahlsystem einerseits und die politische und administrative Kultur andererseits so zu verändern, dass sich – mit den Worten Irvines – ein Wandel „weg von einem bürokratischen, zentralistischen, geschlossenen System hin zu einer Kultur des Rechtes, der Offenheit und der Verantwortlichkeit vollzieht“.

Nach 1997 ist die Dezentralisierung in Großbritannien nicht nur mit atemberaubender Geschwindigkeit fortgeschritten, sie hat sich auch in allen Landesteilen unterschiedlich entwickelt. Einheitlich und bundesstaatlich im kontinentalen Sinne war die Dezentralisierung nie, obwohl ihr Ursprung dem des kontinentalen Föderalismus weitgehend ähnelt. Er liegt nämlich in der Überlegung, dass in jedem Landesteil andere, historisch gewachsene Bedingungen vorherrschen. 1998 erhielten Schottland, Wales und Nordirland jeweils eine eigene, zwar vergleichbare, aber doch unterschiedlich ausgeprägte Volksversammlung mit unterschiedlichen, aber in jedem Fall

bedeutsamen Befugnissen, die alle am 1. Juli 1999 ihre Arbeit aufnahmen. Nach der Argumentation der Regierung war die Einheit des Landes in keinem dieser Fälle bedroht, da der moderne Bürger durchaus mit mehrschichtigen politischen Bindungen umgehen könne. Das schottische Parlament befasst sich z.B. innerhalb des Vereinigten Königreichs wie auch innerhalb der Europäischen Union mit eigenen gesetzgeberischen und administrativen Angelegenheiten, wobei jedoch Schottland immer im Mittelpunkt steht.

Aus dem Gedankengut des „dritten Weges“ hat sich auch eine radikale Modernisierung der Arbeitsweise des Parlaments in Westminster entwickelt. Teile der Geschäftsordnung werden geändert, und das House of Lords wird von Grund auf reformiert. Der erbliche Adel hat Sitz und Stimme verloren, und die Regierung möchte ihn sogar ganz abschaffen. Lord Irvine sagte: „Wir haben keine Erbdichter, keine Erbwissenschaftler und keine Erbprofessoren. Unserer Meinung nach ist die Zeit der erblichen Gesetzgeber vorbei.“ Und in Großbritannien, wo noch vor wenigen Jahren das absolute Wahlrecht unwandelbar schien, werden heute andere Wahlsysteme praktiziert.

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass Projekte des „dritten Weges“ ihren Einfluss im Bereich der Verfassungsreform bereits unmissverständlich geltend gemacht haben, und dass man der Regierung Blair nach nur zwei Jahren im Amt nicht vorwerfen kann, in dieser Hinsicht versagt zu haben.

■ **Der „dritte Weg“ in der Außenpolitik**

Als letzter Bereich ist die Außenpolitik es wert, kurz auf etwaige politische Einflüsse des „dritten Weges“ abgeklopft zu werden. Einerseits war Blair ganz offensichtlich nicht bereit, seine überwältigende Parlamentsmehrheit einzusetzen, um Großbritanniens frühen Beitritt zum Euroland durchzusetzen; andererseits aber hat er zusammen mit seinem Außenminister Robin Cook in zwei sehr bedeutsamen Bereichen der Außenpolitik neue Töne angeschlagen. Zunächst bestand Cook von Anfang an darauf, dass nach Maßgabe des „dritten Weges“ die Einführung einer ethischen Dimension in der Außenpolitik

Großbritanniens unabdingbar sei. Das beste Beispiel hierfür bietet die Förderung des Haager Internationalen Gerichtshofs für Kriegsverbrechen, dem die britische Regierung einen Zuschuss in beträchtlicher Höhe zur Verfügung gestellt hat. Anzumerken ist aber dabei, dass nach zwei Jahren im Amt die Haltung der britischen Regierung nicht mehr so ausgeprägt idealistisch ist wie zu Anfang, sondern härter und weniger radikal. So wurde Pinochet eine Möglichkeit gegeben, nach Chile zurückzukehren, kurz bevor er gezwungen werden sollte, sich in Spanien einem Gericht zu stellen, und auch andere, die mehr oder weniger in die Menschenrechtsfragen des Jahres 1997 verwickelt waren, konnten feststellen, dass die Regierung sie lieber ausreisen lassen wollte als sie in Großbritannien abzuurteilen. Auch auf den britischen Waffenhandel wird die ethische Dimension in ihrer strengeren Form offensichtlich immer weniger angewendet.

Andererseits hat die Politik des „dritten Weges“ in gewisser Weise zu einer Art „zweiten Beitritt“ Großbritanniens geführt. Die Rhetorik hat sich zweifellos gewandelt, und in vieler Hinsicht war es auch die Rhetorik, bei der der Wandel am dringlichsten war, denn hinter den Kulissen war die britische Politik großenteils pro-EU. Während der Wahlkampagne selbst waren Blair und seine Kollegen sehr darauf bedacht, nicht weniger euroskeptisch und um den Erhalt der nationalen Souveränität besorgt zu erscheinen als John Major. Blairs Berater haben mittlerweile bestätigt, dass diese Politik bewusst darauf ausgelegt war, sich in dieser Angelegenheit von den Konservativen auf keinen Fall übertrumpfen zu lassen.¹⁶⁾ Auch mag die Tatsache von einiger Bedeutung gewesen sein, dass man sich der Unterstützung der antieuropäischen Murdoch-Presse unbedingt versichern wollte.

Nach ihrem Amtsantritt richtete jedoch die Regierung Blair rasch ihre gesamte Haltung zur Mitarbeit in Europa völlig neu aus; dies ging nicht nur aus den Erklärungen der Politiker hervor, sondern auch aus der Tatsache, dass Befürworter der Integration in hohe Ämter berufen wurden, wie z.B. Gordon Brown als Finanzminister und David (Lord) Simon, der frühere Geschäftsführer von BP, der eine Zeitlang als Minister für Europa amtierte. Am 23. Mai 1997 trat Blair

16) Roger Liddle, 17.-19. 10. 97.

vor die in Noordwijk versammelten Staatsoberhäupter der EU und erklärte, es sei sein Wunsch, dass Großbritannien zu einem der „Hauptakteure in Europa“ werden möge. Blairs Europapolitik unterschied sich in ihren Antriebskräften gänzlich von der Majors. Major ging als Grundvoraussetzung von der Frage aus, was die konservative Fraktion wohl akzeptieren würde. Bei einer Mehrheit von mehr als 170 Sitzen gab es für Blair keine derartige politische Bremse. Alle Stimmen gegen die weitere Integration waren sorgfältig gezählt und als politische Machtbasis für untauglich befunden worden. Für Major war Europa 1997 und in den Jahren zuvor ein Unsicherheitsfaktor; nach 1997 bot es Blair die Möglichkeit, den Wandel als Tatsache unter Beweis zu stellen. Major war fest davon überzeugt, sich nur dadurch retten zu können, dass er für innenpolitische Zwecke einen Streit mit Europa vom Zaun brach. Blair hingegen war sich sicher, auch ohne einen solchen Streit siegen zu können. Die Haltung von New Labour ließ sich durch Kooperation besser zum Ausdruck bringen als durch Konfrontation.

In Noordwijk beschrieb Blair auch die Grundlage seiner zukünftigen Europapolitik. Zwar hätten einige Begriffe, die er verwendete, durchaus von Major stammen können, besonders aus der Zeit von 1991 bis 1992, aber im Großen und Ganzen hatte Blair doch völlig andere Vorstellungen: „Wir müssen für England aus Europa das meiste herausholen. Das bedeutet, dass wir zur Zukunft Europas einen Beitrag leisten müssen und uns nicht einfach hinsetzen und gegen alles opponieren können, was die anderen unternehmen. Ganz Europa ist sich bei dieser britischen Regierung (ganz anders als bei der vorherigen) darüber im Klaren, dass wir ein funktionierendes Europa wollen. Zwar soll es im Interesse Großbritanniens funktionieren, aber funktionieren soll es auf jedem Fall.“ Der Amsterdamer Vertrag vom 19. Juni 1997 wurde als Erfolg gefeiert, wobei sich Blair an der Einführung des Mehrheitsentscheides in bestimmten Bereichen sogar noch interessierter zeigte als Helmut Kohl. Großbritannien trat auch dem Sozialkapitel des Vertrags von Maastricht bei, und im Juli kam die Ankündigung, dass zur Verbesserung der Stellung des Europäischen Parlaments die Direkt-

wahlen 1999 nach dem Verhältniswahlrecht organisiert werden sollten.

Andererseits ist auch Blairs „dritter Weg“ in der Außenpolitik nicht immer eindeutig. Es lohnt sich, daran zu erinnern, dass es effektiv nichts weiter als eine Fortsetzung der Politik von John Majors war, den Euro nicht sofort zu übernehmen und erst einmal abzuwarten. Auch hat der „dritte Weg“ Großbritannien keineswegs daran gehindert, bei jeder Gelegenheit eine eher nationalistisch geprägte Politik zu verfolgen und sogar die Franzosen damit zu umwerben.

Am deutlichsten kam diese Strategie in der Rede zum Ausdruck, die Blair (auf französisch) am 24. März 1998 vor der französischen Nationalversammlung hielt.¹⁷⁾ Blair legte dar, in welchem Maße sich die britische Regierung den Gedanken an eine intensivere europäische Zusammenarbeit zu eigen gemacht und sich damit angefreundet hatte, ihr Engagement in Europa auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Genauso klar legte er aber auch die Grenzen dieser Denkweise dar. Besonders bedeutsam ist, dass Blair zu den Franzosen in einer Form sprach, in der er vor einem deutschen Publikum nicht hätte sprechen können. Dadurch entstand der Eindruck, er unterstütze die Ausweitung der Kooperation innerhalb Europas, besonders im militärischen Bereich (was er im darauffolgenden Jahr in St. Malo dann auch in die Tat umsetzte), aber nur dann, wenn die Nation im Zentrum einer solchen Kooperation stünde. Er hoffte, eine bilaterale „Entente“ zwischen England und Frankreich zustande bringen zu können, von der man annehmen muss, dass sie entweder das deutsch-französische Bündnis noch übertreffen oder zumindest in dessen Kielwasser mitschwimmen sollte. Einerseits kann man zwar durchaus das deutsch-französische Bündnis (ein echtes Bündnis) innerhalb des von der EU gebotenen Rahmens aus multilateralen, verschachtelten Abhängigkeiten als eine national orientierte Struktur zur Förderung der Interessen der beiden Nationen betrachten. Andererseits lässt sich aber auch argumentieren, dass das deutsch-französische Bündnis einen hohen Anteil an integrativen Strukturen aufweist, die den Gedanken der Integration eher fördern als untergraben.

17) „Der dritte Weg“, Rede des Premierministers vor der französischen Nationalversammlung, 24. 3. 1998.

Blairs Konzept war unmissverständlich. „Großbritannien und Frankreich“, so sagte er, „sind Länder mit besonderen Ansprüchen und Leistungen. Es gibt vieles, was unsere Länder verbindet: Unser nationales Empfinden; der Stolz auf unsere geschichtlichen Leistungen; unsere militärische Schlagkraft; unsere Wissenschaft und unsere Technik; unser Schulterchluss in den großen Auseinandersetzungen dieses Jahrhunderts; unser globales politisches Engagement. [...] Unsere Nationen sind an den Umgang mit der Macht gewöhnt, und wir empfinden dabei weder Furcht noch Scham. [...] Wir verfügen beide über eine [...] nukleare Abschreckungsmacht.“ Einige dieser Erklärungen hätten selbstverständlich in einer ähnlichen Rede in Bonn nicht vorkommen dürfen. Andere wiederum, besonders die betonte Erwähnung der angeblichen Überlegenheit der britischen und französischen Streitkräfte, stellten einen nationalistisch geprägten Aufruf an die Franzosen dar. Blair schloss mit der Bemerkung: „Dies ist mein Ziel: Dass Frankreich und Großbritannien sich in einer wahren, einer tiefen Entente aneinander annähern, ohne dabei die echte Partnerschaft mit den anderen Ländern Europas aufzugeben. Lassen Sie uns gemeinsam eine neue Welt auf dem alten Kontinent erschaffen.“

Gleichzeitig verpflichtete er sich wiederholt zu mehr Zusammenarbeit und auch zu mehr Integration in Europa. „Ich möchte zunächst alle Zweifel über die Haltung der neuen britischen Regierung ausräumen. Die Zukunft Großbritanniens liegt in einer umfassenden europäischen Partnerschaft. In Amsterdam haben wir konstruktiv an dem neuen Europavertrag mitgearbeitet.“ Darüber hinaus, so Blair weiter, unterstütze er in jeder Hinsicht die Erweiterungsverhandlungen wie auch den Euro, dem sich Großbritannien unter der Voraussetzung geeigneter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bereits verschrieben habe. „Für einen Beitritt Großbritanniens zum Euro ist eine dauerhafte wirtschaftliche Konvergenz unserer Volkswirtschaften Vorbedingung. Diese Konvergenz ist jedoch nicht unbedingt gegeben. Ich habe nie ein Geheimnis aus meinen Bedenken über die wirtschaftlichen Risiken gemacht, die mit der EWU im Falle einer ungünstigen Wirtschaftslage verbunden sind. Es ist ein sehr großer Schritt, der weitreichende

Änderungen in unseren Volkswirtschaften zur Folge haben wird. Wir haben bereits erklärt, dass in einem gemeinsamen Markt eine gemeinsame Währung sinnvoll erscheint. [...] Man muss aber keineswegs Euroskeptiker sein, um die tiefe Besorgnis nachfühlen zu können, die die Menschen unserer Länder bei dem Versuch empfinden, das neue Europa zu verstehen und sich darauf einzustellen. Sie machen sich Sorgen um ihre nationale Identität. Ganz offen gesagt: Brüssel und die europäischen Institutionen kommen ihnen häufig abgehoben und fremd vor. Sie fragen sich, was ihnen Europa zu bieten hat. Letztendlich läuft alles darauf hinaus, dass diese Menschen ihr eigenes Leben unter Kontrolle haben und frei gestalten möchten, während sich so vieles um sie herum ändert. Meiner Meinung nach lassen sich diese Sorgen zerstreuen, [...] aber wir müssen den Menschen unsere Vision von Europa nahebringen.“

Blair schloss seine Rede mit einer Neubestimmung der britischen Position, von der jedoch – es muss gesagt werden – auch sein Vorgänger kaum zurückgeschreckt wäre. „Ich glaube, dass Europa von aufgeklärtem Eigennutz bestimmt sein sollte, einem Eigennutz ohne Chauvinismus. Das wäre die vernünftige Reaktion eines Nationalstaates auf die moderne Welt. Wenn die Globalisierung der Weltwirtschaft eine Tatsache ist, wenn Frieden und Sicherheit nur kollektiv gewährleistet werden können, wenn sich die Welt zu immer größeren Kooperations- und Handelsblöcke zusammenfindet [...], dann ist die EU praktisch unumgänglich. Ich teile nun einmal den europäischen Idealismus.“

Blair hob hervor, dass die Denkweise des „dritten Weges“ auf rationalen, marktbestimmten Überlegungen beruhe, die den Beobachter an die weiter oben erwähnten Gedanken von Giddens erinnern. Blair betonte, seine internationale Denkweise sei eine Sache des Instinkts. „Aber selbst wenn dem nicht so wäre, würde mein Realismus mich zum Internationalisten machen. Sachzwänge und sogar Überlebensängste treiben uns dazu an, zusammenzuarbeiten. Ich habe kaum Zweifel daran, dass Europa irgendwann einmal noch enger zusammenwachsen wird. Aber ob unsere Völker diese Umwälzungen akzeptieren oder sich gegen sie erheben, hängt von unserer Wahl der Ansatzpunkte und des zeitlichen Ablaufs ab. In gewis-

ser Hinsicht gibt es für die Weiterentwicklung der EU auch einen dritten Weg. Wo es sinnvoll erscheint, führen wir die Integration fort; wo nicht, verweisen wir darauf, dass Subsidiarität auch Vielfalt bedeutet. Im Hinblick auf die Wirtschaftsunion, den Handel, den Binnenmarkt und den Wettbewerb ist eine noch engere Zusammenarbeit für uns alle nur sinnvoll. Wie anders, wenn nicht gemeinsam, können wir die Probleme der Umweltverschmutzung und der allmählichen Zerstörung unseres Planeten in Angriff nehmen? Wie anders, wenn nicht gemeinsam, können wir dem organisierten Verbrechen und dem Drogenhandel das Handwerk legen? In all diesen Bereichen sind Kooperation und allmähliche Integration sinnvoll und durchaus mit unserem Eigeninteresse vereinbar.“ Blair präsentiert hier eine schlau zusammengestellte Mischung verschiedener politischer Richtungen, zusammen gehalten einerseits von Idealismus und andererseits von wirtschaftlichem Eigennutz – eine Mischung, die der wachsenden Akzeptanz einer marktbestimmten Politik gerecht wird. Auf diesen beiden Grundsteinen sollte die neue Politik einer weniger feindlichen Einstellung gegenüber Europa aufbauen.

■ **Schlussbemerkung**

Wenn die politischen Grundlagen des „dritten Wegs“ in Großbritannien in der Wirtschaftspolitik zu suchen sind, dann müssen wir akzeptieren, dass diese Grundlagen eher neoliberal als sozialdemokratisch sind. In der realen Welt der Politik kann man sich andererseits aber auch leicht damit abfinden, dass zunächst in Deutschland und dann anderswo die Parteien der linken Mitte in Europa kaum Schwierigkeiten damit hatten, sich die Philosophie der sozialen Marktwirtschaft zu eigen zu machen, wenn auch der Anteil der Zutaten „sozial“ und „Markt“ an dem politischen Eintopf von Land zu Land verschieden sein mag. Unter der Regierung Blair wird die zentrale Bedeutung des Marktes und der ihn bestimmenden Werte – Produktivität, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, Wettbewerb – durch die Politik des „dritten Weges“ wesentlich gestärkt. Andererseits besteht Politik nicht nur aus Wirtschaftspolitik, und selbst wenn der „dritte Weg“ kein einheitliches Programm ist, verfügt

er doch über Eigenschaften, die insgesamt ein überzeugendes Gesamtbild ergeben.

Hier haben wir also den realen Rahmen für Tony Blairs „dritten Weg“. Eine eingehende Untersuchung zeigt, dass der „dritte Weg“ in Großbritannien durchaus greifbar ist. Er ist weder eine „stimmungsvolle Musik“, noch besteht er aus „tausend Lichtpunkten“, wie Präsident Bush einmal seine persönliche politische Vision beschrieben hat. Der „dritte Weg“ kann die politische Willensbildung in Großbritannien sinnvoll erklären, und man darf ihn nicht nur deshalb einfach abwerten, weil er ein so gutes Präsentations-Hilfsmittel ist; schließlich ist in der heutigen britischen Politik gerade diese Eigenschaft unerlässlich, und ohne sie wäre der „dritte Weg“ weniger wert. Natürlich darf man eine blendende Verpackung nicht überbewerten, und man darf auch nicht jede Änderung nur deswegen willkommen heißen, weil sie etwas Neues bringt. Einigen erscheint der „dritte Weg“ politisch sinnentleert und vulgär, eine Art Millennium Dome, der zwar beeindruckend aussieht, aber wenig Substanz bietet. Ganz sicher sollten moralische und ethische Anliegen Überlegungen wirtschaftlicher, institutioneller und verfassungsrechtlicher Art gleichwertig an die Seite gestellt werden, doch genau diese Anliegen werden in vielen Projekten des „dritten Weges“ gelegentlich außer Acht gelassen. Aber wenn ich dies sage – und ich sage es mit Überzeugung –, dann möchte ich damit keineswegs den großen Erfolg schmälern, mit dem die britische Politik in vielen – wenn auch nicht in allen – Bereichen heute von Innovation und Kreativität geprägt wird.

Der Text wurde von Wilfried Becker aus dem Englischen übersetzt.